

Vera Leuenberger

Ein neues Jahr bedeutet nicht nur neue Vorsätze, es bedeutet auch: Es gelten neue Bestimmungen und Gesetze treten in Kraft. Was in der Schweiz im kommenden Jahr anders wird: die Übersicht.

13. AHV-Rente

Pensionierte erhalten nächstes Jahr erstmals eine 13. AHV-Rente. Im Dezember 2026 zahlen die AHV-Ausgleichskassen den zusätzlichen Betrag gemeinsam mit der regulären Rente aus. Die 13. Altersrente entspricht einem Zwölftel der jährlich ausbezahlten Renten. Einen Anspruch darauf haben alle, die im letzten Monat des Jahres eine Altersrente beziehen.

Das Stimmvolk hat im März 2024 darüber entschieden. Noch immer ungeklärt bleibt, wie die Finanzierung erfolgen soll.

Das Ende der Lücken in der Altersvorsorge

Alle, die jetzt merken, dass sie die Einzahlung in die Säule 3a dieses Jahr verpasst haben, bekommen im neuen Jahr erstmals eine zweite Chance. Das Prinzip ist simpel: Beitragslücken dürfen künftig bis zu zehn Jahre rückwirkend gestopft werden. Mit einer Bedingung: Zunächst muss der Betrag für das laufende Jahr überwiesen werden. Sobald die Säule 3a für 2026 vollständig gefüllt ist, darf die Lücke von 2025 geschlossen werden. Das Positive: Nachträglich einbezahlte Beträge können im entsprechenden Jahr von den Steuern abgezogen werden.

Auch Chorsänger und Museumsaufseherinnen zahlen ein

Grundsätzlich gilt, wer weniger als 2500 Franken im Jahr verdient, unterliegt der AHV-Beitragspflicht nicht. Zum Schutz von Personen mit geringem Lohn und kurzen Arbeitszeiten gibt es in bestimmten Branchen Ausnahmen. So gilt für Beschäftigte in Privathaushalten, im Kulturbereich (Tanz, Theater, Orchester) und in der Medienbranche (Radio, Fernsehen) eine Beitragspflicht ab dem ersten Franken.

Neu wird dieser Schutz auf vier weitere Bereiche ausgedehnt: Chöre, Museen, Designunternehmen sowie elektronische Medien und Printmedien. Konkret, wer gelegentlich in einem Chor singt oder für ein Online-Magazin schreibt, zahlt künftig in die AHV ein, auch wenn der Lohn gering ist.

Steigende Krankenkassenprämien – mehr Prämienverbilligung

Jahr für Jahr dasselbe: Auch 2026 steigen die Krankenkassenprämien wieder an. Im Durchschnitt um 4,4 Prozent. So beträgt eine durchschnittliche Monatsprämie neu 393 Franken. Bei Kindern steigen die Prämien mit durchschnittlich 4,9 Prozent am stärksten.

Eine gute Nachricht: Anfang 2026 tritt der Gegenvorschlag zur Prämien-Entlastungs-Initiative in Kraft. Alle

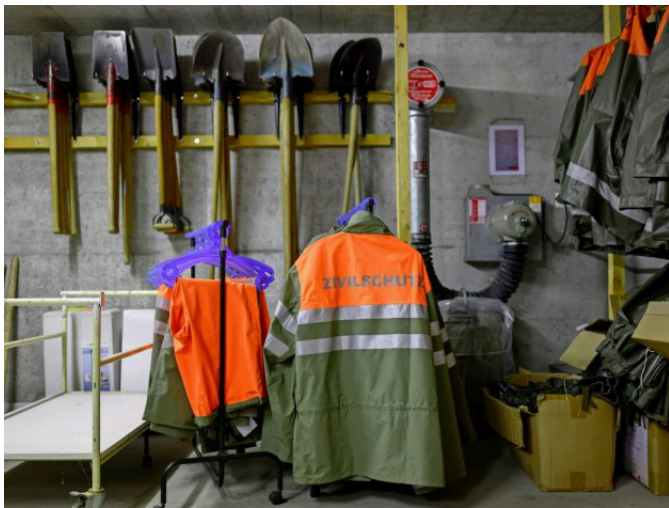
Von AHV bis Krankenkasse: Was sich 2026 ändert

Neues Jahr, neue Regeln: Diese Änderungen gelten ab 2026.



Die 13. AHV-Rente kommt 2026, doch die Finanzierung bleibt ungeklärt.

Bild: Alex Spichale



Zivilschützer müssen die Uniform künftig vier Jahre länger tragen: Die Dienstpflicht wird bis 40 verlängert.

Bild: Keystone



Neuerungen auch im Gesundheitssystem: Ab 2026 sind einige Impfungen von der Franchise befreit.

Bild: Keystone

Kantone sind künftig verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Prämienverbilligung zu leisten. Damit werden mehr Gelder für die Prämienverbilligung bereitstehen.

Neues Tarifsysteem: Tardoc löst Tarmed ab

Bei der Abrechnung von ambulanten ärztlichen Leistungen gilt ab Januar 2026 eine neue Regelung. Für Versicherte führt der Systemwechsel nicht zu Mehrkosten. Das neue Tarifsysteem Tardoc und ambulante Pauschalen ersetzen den bisherigen Tarmed-Tarif. Änderungen betreffen vor allem die Verteilung der Einnahmen zwischen den medizinischen Fachgebieten.

Tardoc sorgt dafür, dass es weniger, dafür klarer abgestufte Tarife gibt. Es ermöglicht eine genauere Abrechnung der Konsultationsdauer und kommt den Bedürfnissen der Hausärztinnen und Hausärzte zugute.

Impfungen von Franchise befreit

Ab dem neuen Jahr übernehmen die Krankenkassen die Kosten bestimmter Impfungen. Darunter die Impfungen gegen Diphtherie, Tetanus, Pneumokokken und Meningokokken.

Stalking unter Strafe gestellt

Das Strafgesetzbuch wird um einen neuen Tatbestand er-

gänzt: Stalking wird künftig strafbar. Betroffene können gezielt Anzeige erstatten. Wer eine anderen Person wiederholt verfolgt, belästigt oder bedroht, muss mit Konsequenzen rechnen. Das Gesetz sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe vor.

Flugreisen und Sicherheit

Airlines leiten künftig Passagierdaten an eine nationale Stelle weiter. Das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zur Übermittlung von Flugpassagierdaten soll Behörden helfen, Terroristen und Schwerkriminelle aufzuspüren, bevor sie abheben oder landen.

Freiwillig, kostenlos, sicher

Auf Ende 2026 ist die Einführung der neuen Identitätskarte mit Chip geplant. Der Chip in der E-ID speichert die biometrischen Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtsbild. Das neue Datenschutzgesetz bildet die rechtliche Grundlage und soll persönliche Daten im Netz besser schützen. Nicht nur die ID wird digital, auch der Fahrausweis. Die E-ID ist freiwillig, IDs ohne Chip werden auf Wunsch weiterhin ausgestellt.

Zivilschutzpflicht verlängert

Neu dauert die Zivilschutzpflicht wieder bis zum 40. Altersjahr. Die zuvor geltende Ver-

kürzung auf 36 Jahre wird aufgehoben.

Digitale Fahrzeugzulassung

Auch die Fahrzeugzulassung wird digitaler. Dokumente, die bestätigen, dass Fahrzeuge den europäischen Richtlinien entsprechen, werden künftig direkt aus den entsprechenden Datenbanken entnommen. Die Fahrzeugdaten werden automatisch ins zentrale Verkehrszulassungssystem eingespeist.

Selbst fahrende Autos

Ab 2026 ist es auf Autobahnen rein theoretisch erlaubt auf Autopilot zu stellen und die Hände vom Lenkrad zu nehmen. Entspannen oder dösen ist jedoch nicht erlaubt: Die Fahrzeuglenkenden müssen jederzeit einsatzbereit sein. Entsprechende Fahrzeuge sind aktuell auf Schweizer Strassen noch nicht zugelassen.

Führerlose Fahrzeuge können auf kantonale genehmigten Strecken eingesetzt werden. Mehrere Pilotprojekte wurden 2025 bewilligt. Auch automatisiertes Parkieren ist in definierten Parkhäusern und Parkflächen ohne anwesende Fahrerin oder Fahrer möglich.

Ausweispflicht für Pestizide

Ab Januar 2026 wird der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln strenger kontrolliert. Landwirte, die Pestizide kaufen oder auf ihren Feldern versprühen wollen, brauchen künftig eine gültige Fachbewilligung. Die neuen Vorschriften sollen Mensch, Tier und Umwelt besser vor Risiken chemischer Pflanzenschutzmittel schützen.

Förderung der Photovoltaik

Wer Photovoltaikanlagen auf Dächern, Fassaden oder über Parkplätzen baut, kriegt Investitionsboni. Die Kehrseite: Für den ins Netz eingespeisten Strom soll es ab nächstem Jahr deutlich weniger Vergütung geben. Die Rückliefervergütung sinkt laut Prognosen um bis zu 25 Prozent, weil die Tarife schweizweit vereinheitlicht werden. Gerade im Sommer, wenn die Sonne am meisten Strom liefert, soll der Erlös deutlich schrumpfen.

Moutier kriegt neue Nummernschilder

Nummernschilder werden ausgetauscht, es gelten andere Krankenkassenprämien: Für die Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Behörden der Gemeinde Moutier fällt im neuen Jahr einiges an administrativem Aufwand an. Ab dem 1. Januar 2026 gehört Moutier nicht mehr zum Kanton Bern, sondern zum Kanton Jura. Das Stimmvolk stimmte im März 2021 für einen Kantonswechsel.